

Ethos stellt sich gegen Wiederwahl von Urs Rohner

Credit Suisse An der kommenden Generalversammlung der Credit Suisse wird es für Verwaltungsratspräsident Urs Rohner unangenehm. Die Anlagestiftung Ethos lehnt seine Wiederwahl als Präsident ab. Dies geht aus einem Papier hervor, welches die Stiftung veröffentlicht hat. Alle anderen Verwaltungsratsmitglieder empfiehlt Ethos zur Wiederwahl. Bereits in den vergangenen zwei Jahren lehnte die Stiftung die Wahl von Rohner ab, mit wenig Erfolg. Ebenfalls empfiehlt Ethos, alle Anträge in Bezug auf die Vergütungen des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung abzulehnen. Erhöhte Bonuszahlungen seien im Hinblick auf Resultate der Bank ungerechtfertigt, heisst es in einer Mitteilung der Stiftung. (phf)

Nachrichten

Multi-Verwaltungsräte stehen in der Kritik

Unternehmensführung Aktionärsvertreter sehen es nicht gern, wenn Verwaltungsräte in mehreren Firmen Einsatz nehmen. Dies schreibt die «SonntagsZeitung». Diese Fälle häufen sich in jüngster Zeit. «Wir erachten es als problematisch, wenn jemand zu viele Mandate vereint», sagt etwa Christophe Volonté von der Nachhaltigkeits-Ratingagentur Inrate. Bereits gibt es einen Begriff für Multi-Verwaltungsräte, die sich zu viel aufladen. Fachleute sprechen von «Overboarding». Dieses stelle ein konkretes Risiko dar, sagt Barbara Heller, Chefin des Aktionärsberaters Swipra. (red)

Böden bei Biobauern mit Pestiziden belastet

Landwirtschaft 93 Prozent der Äcker von Biobauern sind im Schweizer Mittelland mit den als BienenGift kritisierten Neonicotinoiden verseucht. Bei herkömmlichen Betrieben finden sich Rückstände dieses InsektenGifts flächendeckend. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der Universität Neuenburg, über welche die «NZZ am Sonntag» berichtete. Die Bio-Bauernbetriebe selbst können nichts für die verunreinigten Äcker. Die Belastung mit Giftrückständen ist bei ihnen durchaus geringer als bei herkömmlich produzierenden Höfen. Die Rückstände gelangen durch Verfrachtungen von herkömmlichen Betrieben auf die Bioäcker. (sda)

«Greta-Effekt» bei Ferienbuchungen

Tourismus Reiseveranstalter wie Hotelplan, TUI oder DER Touristik Suisse haben Mühe, das Sommergeschäft in Gang zu bringen. Dies schreibt die «SonntagsZeitung». «Wir beobachten momentan einen Buchungsstau, den wir uns nicht ganz erklären können», sagt etwa Dieter Zümpel, Chef von DER Touristik Suisse. Bei TUI spricht man von einem «verhaltenen Geschäftsgang». Beim Schweizer Reise-Verband schätzt man, dass die Umsätze dem Vorjahr zwischen 7 und 10 Prozent hinterherhinken. In der Reisebranche werde bereits vom «Greta-Effekt» geredet, doch man könne die Entwicklung noch nicht einordnen, heisst es in der «SonntagsZeitung». (red)

Spitäler kämpfen mit Umstellung

Gesundheit Zwecks Kosteneinsparung müssen Operationen vermehrt ambulant statt stationär durchgeführt werden. Das bringt den Spitäler neue Konkurrenz.

Dominik Feusi

Im Kanton St. Gallen stehen fünf kleinere Spitäler vor der Schliessung. Im Kanton Zürich kämpft das Spital Affoltern ums Überleben, und die Spitäler in Wetzikon und Uster wollen fusionieren. Nach der gescheiterten Spitalfusion in der Nordwestschweiz ist unklar, wie es dort weitergeht. Die Schweizer Spitallandschaft ist im Umbruch.

Einer der Gründe ist die 2012 eingeführte neue Spitalfinanzierung. Es gibt nur noch Pauschalen, statt dass jeder Spitaltag abgegolten wird. Und jetzt kommt die nächste Herausforderung: Ab diesem Jahr gilt für mindestens sechs Bereiche von Operationen oder Untersuchungen der Grundsatz «ambulant statt stationär». Die Eingriffe müssen nach einer Vorgabe des Bundes an einem Tag ausgeführt werden. Dazu gehören Knearthroskopien, die Entfernung der Krampfadern oder der Mandeln.

Die Operationen werden dann zu einem anderen Tarif abgerechnet. Zum Vergleich: Am Kantonsspital Baden kostet eine Meniskusoperation 3971 Franken, wenn sie stationär durchgeführt wird; dasselbe kostet ambulant 1980 Franken. Die Tarife für ambulante Eingriffe sind also deutlich tiefer als bei einer Behandlung mit Spitalaufenthalt und werden vollständig von den Krankenkassen bezahlt, statt zur Hälfte durch die Kantone. «Die sechs Eingriffe betreffen rund 33'000 Fälle pro Jahr», sagt Philip Sommer, Leiter Beratung im Gesundheitswesen beim Beratungsunternehmen PWC. Sommer hat die Folgen der neuen Regelung untersucht. Das würde blass zwei Prozent aller stationären Eingriffe betreffen. Für die Kantone ergibt sich daraus gemäss einer Studie des Schweizerischen Gesundheitobservatoriums Obsan ein Sparpotenzial von 90 Millionen Franken.

Die Liste des Bundes ist wohl nur der Anfang. Nach einem Monitoring über deren Wirkung will das Bundesamt für Gesundheit über einen Ausbau der Liste entscheiden. Einige Kantone gehen schon jetzt weiter und haben bis zu sechzehn Eingriffe auf die Liste gesetzt. Vorreiter dieser Entwicklung war die Romandie. Dort hat man schon vor Jahren mit der Umstellung begonnen. Sollte die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Eingriffen im Parla-



Nach einer Vorgabe des Bundes werden gewisse Operationen nur noch ambulant durchgeführt. Foto: Kostas Maros

ment beschlossen werden, würde für alle Eingriffe der Anreiz wegfallen, die Patienten im Spital zu behalten.

Rote Zahlen

Philip Sommer schätzt, dass das Potenzial für ambulante statt stationäre Fälle in den nächsten 10 Jahren deutlich höher liegt. «Es könnten rund 200'000 heutige stationäre Fälle künftig ohne Übernachtung im Spital behan-

delt werden.» Das wären 14 Prozent aller stationären Patienten.

Spitäler mit vielen operativen, aber relativ einfachen Eingriffen sind gemäss Sommer von dieser Entwicklung stärker betroffen. Das trifft Regionalspitäler tendenziell eher als grosse Zentrumsspitäler. Aber auch dort sind die Herausforderungen gross. «Die Spitäler müssen umdenken und rasch ein effizientes Ambulatorium anbieten», sagt Jérôme

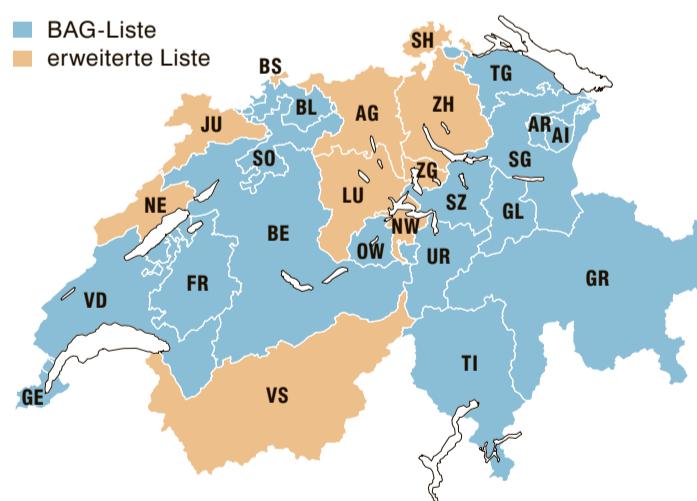
Cosandey, Gesundheitsökonom von Avenir Suisse. «Das fällt vielen Spitäler schwer, grossen wie kleinen.» Es sind nicht nur öffentliche Spitäler, die den Wandel spüren: Die zur Hirslanden-Gruppe gehörende Klinik St. Anna in Luzern meldete Ende Januar, sie habe von Mitte 2017 bis Ende 2018 rund 1000 Fälle ambulant statt stationär behandelt, und bei «fast allen» rote Zahlen geschrieben. Weil Patienten wieder nach Hause gehen, muss ein Ambulatorium effizienter arbeiten als eine stationäre Klinik.

Wird die Regelung zu einem Abbau von Spitalbetten führen? Fragt man die Kantone, so winken die meisten ab. Einzig der Kanton Bern geht davon aus, dass eine erweiterte Liste zu «tief greifenden Veränderungen in der Spitallandschaft» führen würde. Wer beim Berner Inselspital nachfragt, wie sich die neue Regelung auf dessen Landspitäler auswirkt, erhält keine genaue Auskunft. Man sei sich der Herausforderung bewusst und werde «ambulante Angebote weiter ausbauen und spezialisierte Infrastruktur für ambulante Kleineingriffe schaffen», sagt ein Mediensprecher. Das hat das Spital

Burgdorf schon hinter sich. Es hat sich vor zwei Jahren vom Kanton für 111 Millionen Franken ein neues Gebäude für ambulante Eingriffe bezahlen lassen.

Für Cosandey ist die Regel «ambulant vor stationär» eine Folge des technologischen Fortschritts. «Eigentlich hätten die Ärzte selber Standesregeln definieren müssen, wann ein Eingriff ambulant und wann er stationär durchgeführt werden soll», findet er. Cosandey befürchtet, dass die öffentlichen Spitäler bei ihren Besitzern, den Kantonen, die hohle Hand machen werden, sei es für Um- oder Neubauten oder eine Erhöhung der Subventionen für gemeinwirtschaftliche Leistungen. «Das wäre eine gefährliche Entwicklung», sagt Cosandey. Mit dem Grundsatz «ambulant vor stationär» ändere sich auch die Wettbewerbssituation. «Der Konkurrent eines Spitals ist nicht nur das nächste Spital, sondern vielleicht das nächste Ärztezentrum, das effizient ambulante Eingriffe durchführt», sagt er. Damit falle auch das häufigste Argument für Spitalsubventionen weg: nämlich die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung.

Ambulant vor stationär: So streng sind die Kantone



Der Stromkonzern Alpiq soll deutlich kleiner werden

Umbau Ein neuer Aktionär will das Auslandsgeschäft verkaufen und sich auf die Wasserkraft konzentrieren.

Mit der Übernahme von 25 Prozent des Aktienkapitals durch den Infrastrukturfonds der Credit Suisse kommen auf den Stromkonzern Alpiq wohl gewichtige Neuerungen zu. Laut der «NZZ am Sonntag» soll die Firma künftig nur noch als Wasserkraftwerksbetreiberin in der Schweiz auftreten. Die Zeitung bezieht sich auf ein Papier, das an interessierte Pensionskassen ging, welche am Infrastrukturfonds beteiligt sind.

Die neuen Investoren wollen auch die Auslandsbeteiligungen loswerden. Dadurch würde die erst 2009 gegründete Alpiq weiter an Bedeutung verlieren. Im vergangenen Jahr hat die Firma bereits das Servicegeschäft verkauft. Damit wechselten über 80 Prozent der Mitarbeiter von Alpiq zum französischen Unternehmen Bouygues.

Bei Alpiq blieben noch rund 1500 Mitarbeiter. Würden nun auch noch die Beteiligungen an

Kraftwerken im Ausland abgestossen, werden es noch weniger. Laut der «NZZ am Sonntag» arbeiten für die Stromerzeugung in der Schweiz nur gerade 130 Mitarbeiter. Vom einst mit grossen Vorschusslorbeeren ausgestatteten Konzern, der sich aufmachte, den Strommarkt zu erobern, bliebe damit nicht mehr viel übrig.

Nicht nur eine mögliche Redimensionierung der Alpiq steht im Raum: Das Unternehmen will von

der Börse gehen. Alpiq verspricht, dass sie dabei alle Aktionäre gleich behandeln will. Der französische Konzern EDF, der seine Alpiq-Papiere veräussert wird, erhält 70 Franken pro Aktie. Diesen Preis kritisierte Investor Martin Ebner, der ebenfalls an Alpiq beteiligt ist, in der «SonntagsZeitung». Als Alpiq die Dekotierung am letzten Freitag vor Analysten und den Medien erklärte, hiess es, dass es sich nicht lohnen würde, auf einen höheren Preis als 70

Franken zu spekulieren. Weil die Strompreise künftig wieder steigen und Alpiq damit in Zukunft bessere Zahlen liefern werde, sieht Ebner den fairen Wert einer Alpiq-Aktie nun aber bei 140 Franken. «Wenn es tatsächlich so ist, dass man den Publikumsaktionären nur 70 Franken zahlen will, dann werden die über den Tisch gezogen», sagte Ebner in der «SonntagsZeitung».

Philipp Felber